

25 Jahre Mauerfall

9. November 1989

Der Tag im Zeitraffer

09.30 Uhr

Lauter erscheint die Reisefreiheit als letzte Möglichkeit, die DDR zu retten. Auf seine Initiative hin mogelt die Runde einen folgenschweren Passus in den Text: „Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen beantragt werden. Die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt.“

Zitat des Tages



„Als ob ich den Regen stoppen könnte!“

Der schon als „Rainman“ bezeichnete französische Präsident François Hollande zu wenig repräsentativen Bildern von ihm bei vielen Auftritten in strömendem Regen

Kurz notiert

Sorge um Ostukraine

KIEW Der proeuropäische ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat bei einem Telefonat mit Kanzlerin Angela Merkel eine Verschärfung der Lage in der Unruheregion Donbass beklagt. Es gebe Rückschritte in dem zuletzt vereinbarten Entspannungsprozess, sagte der Staatschef am Freitag. „Das führt zu einer Eskalation des Konflikts“, sagte er dem Präsidentenamt zufolge. Das Militär in Kiew sprach von einer russischen Panzerkolonne, die angeblich in ukrainisches Gebiet vorgestoßen sei. Russland wies dies wie in der Vergangenheit als „provokierende Mitteilung“ zurück. dpa

Bedrohliche Lage

ALEPPO Die Lage für die gemäßigten Rebellen in der strategisch wichtigen nordsyrischen Stadt Aleppo wird immer bedrohlicher. Die Viertel unter Kontrolle der Regimegegner liefen Gefahr, von der Außenwelt abgeschnitten zu werden, sagte ein Aktivist der Freien Syrischen Armee (FSA) mit dem Kampfnamen Abu Jazan al-Halabi am Freitag. Zugleich kritisierten Oppositionelle, die internationale Gemeinschaft lasse die Rebellen in Aleppo in ihrem Kampf allein. Aleppo gilt im Bürgerkrieg als einer der strategisch wichtigsten Kriegsschauplätze. dpa

Rückschau 8. November

1939 Vor 75 Jahren Im Münchner Bürgerbräukeller entgeht Adolf Hitler knapp einem Bombenattentat des Schreiners Johann Georg Elser.

1989 Vor 25 Jahren Zum ersten Mal in der Geschichte der DDR tritt das Politbüro der kommunistischen SED, das Machtzentrum des Landes, geschlossen zurück.

2013 Vor einem Jahr Der Taifun „Haiyan“ rast mit Windgeschwindigkeiten von mehr als 300 Stundenkilometer über die philippinische Ostküste und richtet schwere Schäden an. Über 6000 Menschen sterben.

HEILBRONNER STIMME

Redaktion Politik/Wirtschaft Allee 2 | 74072 Heilbronn Tel. 07131 615-0 | Fax 07131 615-373 -341 Leitung: Siegfried Lambert lam -342 Bernd-Rainer Intemann (stv.) bri -366 Jürgen Strammer (stv.) jus -288 Jan Berger jab -768 Valerie Blass vbs -249 Jens Dierolf jd -325 Heiko Fritze frz -266 Sascha Sprenger spr -315 Isabell Voigt ivo -347 Dr. Wilfried Werner wer E-Mail korrespondenten@stimme.de



Claus Weselsky, Vorsitzender der Lokführer-Gewerkschaft GDL, in einem Flur des Hessischen Landesarbeitsgerichts in Frankfurt, das den Streik für rechtmäßig erklärt hatte.

Foto: dpa

Lokführerstreik wird schon Samstag beendet

BERLIN/FRANKFURT GDL-Chef Weselsky kündigt Geste der Versöhnung an – Bahn scheitert vor Gericht

Bahnkunden können ein wenig aufatmen: Die Lokführer wollen ihren bundesweiten Streik schon an diesem Samstag um 18 Uhr beenden. Diese „Versöhnungsgeste“ kündigte der Chef der Gewerkschaft GDL, Claus Weselsky, am Freitag überraschend an. Zuvor hatte das Landesarbeitsgericht Hessen den bis Montagfrüh geplanten Streik auch in zweiter Instanz für rechtmäßig erklärt. Besonders im Fernverkehr müssen sich die Fahrgäste aber weiter auf Ausfälle und Verspätungen einstellen. Im Nahverkehr sollen im Laufe des Sonntags wieder deutlich mehr Züge fahren, teilte die Bahn mit. Bahn-Personalvorstand Ulrich Weber sagte, dass sich damit der Einsatz der Bahn vor den Gerichten gelohnt habe: „Das ist ein gutes Zeichen für unsere Kunden und unsere Mitarbeiter.“ Das Unternehmen hat

te versucht, den Streik gerichtlich verbieten zu lassen. Zwei richterliche Vorschläge zu neuen Verhandlungen hatte die GDL in den Verhandlungen am Donnerstag und Freitag noch zurückgewiesen. Jede Seite forderte die jeweils andere nach dem Urteilsspruch in Frankfurt auf, wieder zu verhandeln. Von ihren grundsätzlichen Positionen wichen sie jedoch keinen Millimeter ab. Kritik Die Lokführer hatten ihre Arbeit im Güterverkehr schon am Mittwoch niedergelegt, im Personenverkehr in der Nacht zum Donnerstag – und sich damit in Politik und Öffentlichkeit viel Kritik eingehandelt. Millionen Bahnreisende mussten auch am verkehrsreichen Freitag improvisieren und sich auf ein schmales Zugangebot einstellen.

Nur ein Drittel der Fernzüge fuhr, in den Regionen waren es zwischen 15 und 60 Prozent – teils mehr als erwartet. In vielen Zügen blieben dennoch Plätze frei, weil Reisende auf Auto und Fernbus umstiegen. Auf den Straßen in den Städten und auf den Autobahnen kam es zu Staus. Am Wochenende trifft der Streik neben Urlaubsrückkehrern zum Fe-

Forderungen

Die GDL fordert in dem Tarifkonflikt für die Beschäftigten mehr Geld sowie eine kürzere Arbeitszeit und will neben den Lokführern vor allem auch das übrige Zugpersonal in Verhandlungen vertreten, für das bislang die EVG zuständig ist. Die Bahn will konkurrierende Tarifverträge einzelner Berufsgruppen verhindern. dpa

rienende in Niedersachsen und Bremen auch Fahrgäste, die zum Mauerfall-Jubiläum nach Berlin wollen. Schon nach den Ersatzfahrplänen war jedoch geplant, dass auf den wichtigen Strecken aus Richtung Hannover stündlich ICE-Züge in die Hauptstadt fahren. Die Bahn hatte vor den Gerichten argumentiert, dass der Streik unverhältnismäßig hart sei. Erneut brachte die Bahn einen täglichen Schaden von rund 100 Millionen Euro für die deutsche Wirtschaft vor, dem Konzern selbst entstehe durch den Streik ein Schaden in ähnlicher Höhe. Zum Auftakt des Ausstands hatte die Bahn ihren Schaden noch auf 60 Millionen Euro beziffert. Der Einzelhandel befürchtete Umsatzeinbußen vor allem in den Ballungszentren, weil Kunden aus dem Umland nicht anreisen können, wie es beim Handelsverband Nord-

rhein-Westfalen hieß. Es sei aber nicht zu erwarten, dass Waren knapp würden. „Das meiste wird über Lastwagen angeliefert“, erklärte eine Sprecherin. Auch der Güterverkehr der Bahn war stark beeinträchtigt, jedoch fuhr nach Bahnangaben mittlerweile wieder deutlich mehr als die Hälfte der Züge. Die Bahn stützte sich dabei auf Lokführer, die Beamte sind oder der nicht streikenden Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) angehören. Nachwirkungen des Streiks würden im Güterverkehr noch einige Tage zu spüren sein, kündigte die Bahn an. Wie die Vorinstanz am Donnerstag hatte auch das Landesarbeitsgericht in Frankfurt zunächst einen Vergleichsversuch unternommen. Die GDL lehnte den Vorschlag des Gerichts ebenso ab wie eine Offerte der Bahn. dpa

Bundestag billigt Elterngeld Plus

BERLIN Der Bundestag hat die Einführung des sogenannten Elterngeld Plus zum 1. Juli 2015 beschlossen. Damit trägt die Politik dem Wunsch vieler Frauen Rechnung, sich vom traditionellen Rollenbild der Hausfrau und Mutter zu verabschieden. „Wir stärken damit allen

jungen Eltern den Rücken, die gemeinsam für ihre Kinder da sein wollen“, sagte Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD). Die neue Variante des einkommensabhängigen Elterngeldes bietet Müttern und Vätern die Möglichkeit, in Teilzeit zu arbeiten und trotz-

dem Unterstützung zu erhalten. Die Eltern bekommen zwar beim Elterngeld Plus nur halb so viel Geld pro Monat wie die Bezieher des regulären Elterngeldes. Dafür ist aber der Zeitraum, in dem die Familie Unterstützung erhält, mit 24 Monaten doppelt so lang. dpa

Pflegereform besiegelt

BERLIN Der Bundesrat hat die Pflegereform der großen Koalition aus Union und SPD am Freitag gebilligt. Die 2,6 Millionen Pflegebedürftigen erhalten damit 2015 um vier Prozent höhere Leistungen. Die Betreuung wird sowohl im Heim als auch ambulant ausgebaut, Zuschüsse für den

Umbau einer Wohnung im Pflegefall steigen. 2015 startet auch ein Pflegevorsorgefonds, in den etwa 20 Jahre lang rund 1,2 Milliarden Euro jährlich fließen sollen. Damit sollen – bei steigender Zahl der Pflegebedürftigen – die Beiträge stabil gehalten werden. dpa

Mit High-Tech-Export gegen den Terror

Bei seinem Besuch in der Kätchenstadt beschreibt Generalkonsul Shaham Israels Innovationskraft als Chance für Frieden in Nahost

Von unserem Redakteur Jens Dierolf

HEILBRONN Im Nahen Osten brodelt es. Anschläge von Radikal-Islamisten in Ägypten, Krieg in Syrien, wieder schaukelt sich der Konflikt mit den Palästinensern hoch. Die Bedrohung für Israel ist gewaltig. Dan Shaham, Generalkonsul Israels in Deutschland, will die Gefahren für seine Heimat nicht kleinreden. Das, was in der Welt aber so genau betrachtet wird, sagt er im Stimme-Gespräch, sei nur ein Teil der israelischen Wirklichkeit. Bei seinem Besuch in Heilbronn will er die andere Seite beschreiben: den Alltag und die Innovationskraft des Landes. Eingeladen hat die Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG) Heilbronn-Unterland. Shahams Zeitplan am Donnerstag ist eng gestrickt.

Eintrag ins Goldene Buch, Besuch der Stimme-Redaktion unter enormen Sicherheitsauflagen (Interview folgt am Dienstag), Vortrag im Abraham-Gumbel-Saal der Volksbank.

Wenn Shaham dort vor gut 60 Gästen über die wirtschaftliche Dynamik Israels spricht, blickt er zunächst zurück in die 1930er Jahre. Damals waren es jüdische Siedler,

die im britischen Mandatsgebiet mit Tropfenbewässerung karge Landschaften fruchtbar gemacht haben. Dieser Pioniergeist sei bis heute ein zentrales Element der israelischen Gesellschaft. „Unsere Innovationskraft wird nur vom Silicon Valley übertroffen“, sagt Shaham selbstbewusst mit Blick auf die High-Tech-Schmiede in Kalifornien. Der Fortschrittsglaube sei tief in der Gesellschaft verwurzelt. „Früher wünschten sich die israelischen Mütter, dass ihre Kinder Ärzte werden, heute wollen sie, dass sie Start-Up-Firmen gründen.“ Anpassung Als Grund für diese Innovationskraft nennt Shaham eine gute Infrastruktur: Forschungsinstitute, die eng mit Universitäten und Start-Up-Firmen zusammenarbeiten. Eine Bereitschaft für Investi-

tionen und eine einzigartige Unternehmenskultur, für die auch die besondere Geschichte Israels verantwortlich sei: Sie schweiße zusammen und zwingt Israel als Schmelztiegel der Kulturen zur permanenten Anpassungsbereitschaft. 20 Kibbuzim, die als sozialistische, ländliche Kollektivsiedlungen begannen, seien heute an Börsen notiert. „Marxismus in einer ganz neuen Interpretation“, scherzt der Redner. Und dann zieht Shaham doch noch einen Bogen zu den Umbrüchen: „Wir müssen das Tor für Wirtschaftskooperationen mit der arabischen Welt aufstoßen“, sagt er. Auch mit deutscher Hilfe. Israelische Bewässerungs- oder Telekommunikationstechnik könnten dort Arbeitsplätze schaffen – eine Perspektive für die verlorene Generation als Mittel gegen Gewalt und Terror.



Eintrag ins Goldene Buch der Stadt Heilbronn: Generalkonsul Dan Shaham mit Bürgermeister Martin Dieppen, Reinhold Robbe, dem Präsident der DIG, und Bernd Sommer, dem Vorsitzenden der DIG Heilbronn-Unterland. (v. l.) Foto: Andreas Veigel